

Rechtsetzung und politische Rechte

Vorlagen an den Kantonsrat

Antrag des Regierungsrates vom 25. Oktober 2017

5404

**Beschluss des Kantonsrates
über die kantonale Volksinitiative «Mittelstands-
initiative – weniger Steuerbelastung für alle»**

(vom)

Der Kantonsrat,

nach Einsichtnahme in den Antrag des Regierungsrates vom 25. Oktober 2017,

beschliesst:

I. Die Volksinitiative «Mittelstandsinitiative – weniger Steuerbelastung für alle» wird abgelehnt.

II. Die Volksinitiative wird den Stimmberechtigten zur Abstimmung unterbreitet.

III. Der Beleuchtende Bericht wird vom Regierungsrat verfasst.

IV. Mitteilung an den Regierungsrat und das Initiativkomitee.

Die Volksinitiative hat folgenden Wortlaut:

Das Steuergesetz vom 8. Juni 1997 (StG) wird wie folgt geändert:

V. Steuer-
berechnung
1. Steuertarife

§ 35. ¹ Die Einkommenssteuer beträgt (Grundtarif):

0% für die ersten	Fr. 10 000
2% für die weiteren	Fr. 5 000
3% für die weiteren	Fr. 5 000
4% für die weiteren	Fr. 7 600
5% für die weiteren	Fr. 9 000
6% für die weiteren	Fr. 12 000
7% für die weiteren	Fr. 14 400
8% für die weiteren	Fr. 18 900
9% für die weiteren	Fr. 32 500
10% für die weiteren	Fr. 32 200
11% für die weiteren	Fr. 51 000
12% für Einkommensteile über	Fr. 197 600

² Für Ehegatten, die in rechtlich und tatsächlich ungetrennter Ehe leben, sowie für verwitwete, gerichtlich oder tatsächlich getrennt lebende, geschiedene und ledige Steuerpflichtige, die mit Kindern im Sinn von § 34 Abs. 1 lit. a zusammenleben, beträgt die Einkommenssteuer (Verheiratetentarif):

0% für die ersten	Fr. 19 000
2% für die weiteren	Fr. 6 600
3% für die weiteren	Fr. 8 200
4% für die weiteren	Fr. 9 400
5% für die weiteren	Fr. 14 100
6% für die weiteren	Fr. 14 500
7% für die weiteren	Fr. 32 800
8% für die weiteren	Fr. 35 800
9% für die weiteren	Fr. 46 400
10% für die weiteren	Fr. 55 400
11% für die weiteren	Fr. 60 100
12% für Einkommensteile über	Fr. 302 300

Rechtsetzung und politische Rechte

Vorlagen an den Kantonsrat

Abs. 2^{bis}–4 unverändert.

Übergangsbestimmung zur Änderung vom ...

Die Gesetzesänderung tritt spätestens drei Jahre nach Zustimmung durch den Kantonsrat in Kraft. Im Falle einer Volksabstimmung tritt die Gesetzesänderung spätestens drei Jahre nach Annahme der Initiative in Kraft.

Weisung

1. Formelles

Am 16. August 2017 wurden die ausgefüllten Unterschriftenlisten zu der im kantonalen Amtsblatt vom 17. Februar 2017 (ABI 2017-02-17) veröffentlichten kantonalen Volksinitiative «Mittelstandsinitiative – weniger Steuerbelastung für alle» bei der Direktion der Justiz und des Innern eingereicht. Mit Verfügung vom 2. Oktober 2017 (ABI 2017-10-13) stellte die Direktion der Justiz und des Innern nach Prüfung der Unterschriften fest, dass die Volksinitiative zustande gekommen ist. Mit Beschluss vom 25. Oktober 2017 stellte der Regierungsrat fest, dass die Volksinitiative rechtmässig ist.

2. Inhalt und Auswirkungen der Volksinitiative

Die Volksinitiative verlangt eine Änderung des Grundtarifs und des Verheiratetentarifs der Einkommenssteuer gemäss § 35 des Steuergesetzes vom 8. Juni 1997 (StG; LS 631.1). Die Einkommenssteuer beträgt nach den seit der Steuerperiode 2012 gültigen Tarifen gemäss § 35 Abs. 1 und 2 StG (einfache Staatssteuer):

Nach dem Grundtarif:

0% für die ersten	Fr. 6 700
2% für die weiteren	Fr. 4 700
3% für die weiteren	Fr. 4 700
4% für die weiteren	Fr. 7 600
5% für die weiteren	Fr. 9 300
6% für die weiteren	Fr. 10 700
7% für die weiteren	Fr. 12 400
8% für die weiteren	Fr. 16 900
9% für die weiteren	Fr. 32 500
10% für die weiteren	Fr. 32 200
11% für die weiteren	Fr. 51 000
12% für die weiteren	Fr. 66 200
13% für Einkommensteile über	Fr. 254 900

Nach dem Verheiratetentarif:

0% für die ersten	Fr. 13 500
2% für die weiteren	Fr. 6 100
3% für die weiteren	Fr. 7 700
4% für die weiteren	Fr. 9 400
5% für die weiteren	Fr. 10 700
6% für die weiteren	Fr. 13 900
7% für die weiteren	Fr. 30 800
8% für die weiteren	Fr. 30 800
9% für die weiteren	Fr. 46 400
10% für die weiteren	Fr. 55 400
11% für die weiteren	Fr. 60 100
12% für die weiteren	Fr. 69 300
13% für Einkommensteile über	Fr. 354 100

Rechtsetzung und politische Rechte

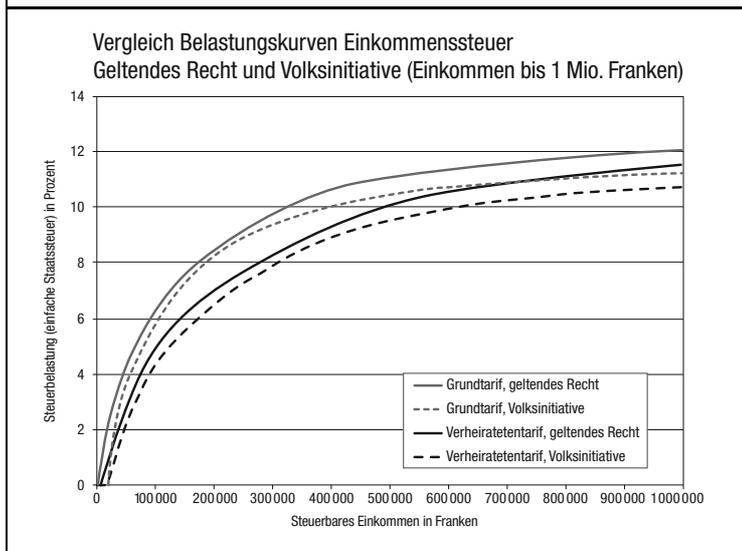
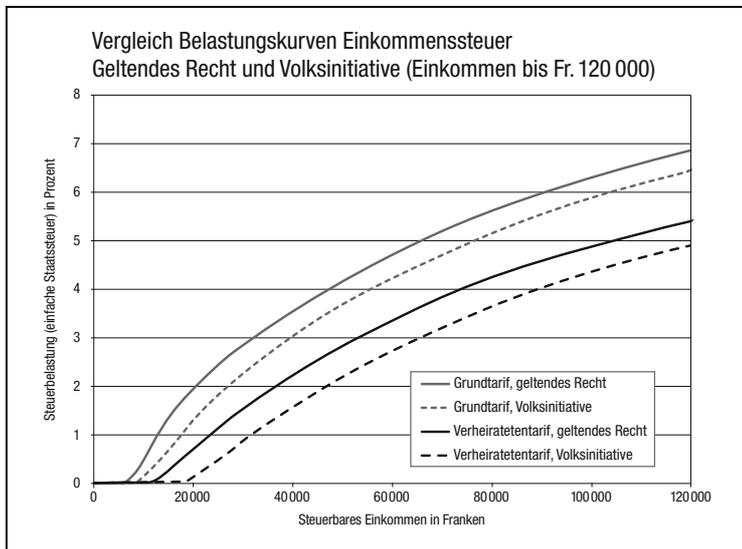
Vorlagen an den Kantonsrat

Durch die mit der Volksinitiative vorgeschlagene Änderung von § 35 Abs. 1 und 2 wird die Nullstufe, d. h. der Betrag, bis zu dem keine Einkommenssteuer anfällt, im Grundtarif von Fr. 6700 auf Fr. 10 000 und im Verheiratedentarif von Fr. 13 500 auf Fr. 19 000 erhöht. Auch die nachfolgenden Progressionsstufen werden in der Regel weiter oder zumindest gleich weit gesetzt als in den bisherigen Tarifen, womit die jeweiligen Progressionsstufen später einsetzen als bisher. Die bestehende höchste Progressionsstufe von 13% entfällt und die neue höchste Progressionsstufe von 12% setzt im Grundtarif nicht mehr ab Fr. 188 700, sondern erst ab Fr. 197 600 und im Verheiratedentarif nicht mehr ab Fr. 284 800, sondern erst ab Fr. 302 300 ein. Verglichen mit den geltenden Einkommenssteuertarifen führen die mit der Volksinitiative vorgeschlagenen Tarife für alle Einkommensklassen zu Steuersenkungen, soweit die Einkommenssteuer nicht bereits bisher Fr. 0 betrug. In dieser Hinsicht kann auf die nachstehenden beiden Grafiken verwiesen werden. Die erste Grafik stellt den Bereich von null bis Fr. 120 000 steuerbares Einkommen dar, die zweite umfasst den Bereich

Rechtsetzung und politische Rechte

Vorlagen an den Kantonsrat

von null bis 1 Mio. Franken



Die mit der Volksinitiative vorgeschlagenen Einkommenssteuertarife führen gegenüber den geltenden Einkommenssteuertarifen zu einer allgemeinen Senkung der Progression und damit zu substantziellen Steuersenkungen. Die Änderung der Steuerbelastung des Einkommens durch Staats- und Gemeindesteuern ist in den nachstehenden Tabellen dargestellt:

Rechtsetzung und politische Rechte
Vorlagen an den Kantonsrat

Einkommensbelastung (Staats- und Gemeindesteuern, Steuerfüsse 2017, Stadt Zürich, ref./kath.) für Alleinstehende (Grundtarif) nach geltendem Recht und gemäss Volksinitiative

Steuerbares Einkommen	Geltender Einkommens-tarif	Mit der Volks-initiative vorgeschlagener Einkommens-steuertarif	Verminderung der Einkommens-steuer	
	Staats- und Gemeindesteuern	Staats- und Gemeindesteuern	in Franken	in %
in Franken	in Franken	in Franken	in Franken	in %
0	0	0	0	0,0
20 000	895	573	-322	-36,0
40 000	3 261	2 766	-495	-15,2
60 000	6 472	5 775	-679	-10,8
80 000	10 296	9 371	-925	-9,0
100 000	14 418	13 449	-969	-6,7
120 000	18 872	17 699	-1 173	-6,2
140 000	23 505	22 279	-1 226	-5,2
160 000	28 543	27 166	-1 377	-4,8
200 000	38 877	37 297	-1 580	-4,1
250 000	52 617	51 037	-1 580	-3,0
300 000	67 390	64 777	-2 613	-3,9
400 000	97 160	92 257	-4 903	-5,0
500 000	126 930	119 737	-7 193	-5,7
600 000	156 700	147 217	-9 483	-6,1
800 000	216 240	202 177	-14 063	-6,5
1 000 000	275 780	257 137	-18 643	-6,8
5 000 000	1 466 580	1 356 337	-110 243	-7,5

Einkommensbelastung (Staats- und Gemeindesteuern, Steuerfüsse 2017, Stadt Zürich, ref./kath.) für Verheiratete (Verheiratetetarif) nach geltendem Recht und gemäss Volksinitiative

Steuerbares Einkommen	Geltender Einkommens-tarif	Mit der Volks-initiative vorgeschlagener Einkommens-tarif	Verminderung der Einkommens-steuer	
	Staats- und Gemeindesteuern	Staats- und Gemeindesteuern	in Franken	in %
in Franken	in Franken	in Franken	in Franken	in %
0	0	0	0	0,0
20 000	306	45	-261	-85,3
40 000	2 047	1 433	-614	-30,0
60 000	4 625	3 712	-913	-19,7
80 000	7 802	6 647	-1 155	-14,8
100 000	11 188	9 853	-1 335	-11,9
120 000	14 852	13 412	-1 440	-9,7
140 000	18 908	17 076	-1 832	-9,7
160 000	23 030	21 189	-1 841	-8,0
200 000	31 977	29 735	-2 242	-7,0
250 000	44 006	41 364	-2 642	-6,0
300 000	56 950	53 959	-2 991	-5,3
400 000	85 481	81 386	-4 095	-4,8
500 000	115 251	108 866	-6 385	-5,5
600 000	145 021	136 346	-8 675	-6,0
800 000	204 561	191 306	-13 255	-6,5
1 000 000	264 101	246 266	-17 835	-6,8
5 000 000	1 454 901	1 345 466	-109 435	-7,5

Rechtsetzung und politische Rechte

Vorlagen an den Kantonsrat

Wie aus den vorstehenden Tabellen ersichtlich ist, ergäben sich nach den mit der Volksinitiative vorgeschlagenen Einkommenssteuertarifen für alle Einkommensklassen wesentliche Steuerentlastungen. Die höchsten prozentualen Steuerentlastungen bestünden beim Grundtarif für steuerbare Einkommen unter Fr. 80 000 und beim Verheiratetentarif für steuerbare Einkommen von unter Fr. 120 000, da bei diesen Einkommen die prozentualen Entlastungen 10% übersteigen und bei ganz tiefen Einkommen 100% erreichen können. Für steuerbare Einkommen über Fr. 80 000 sinkt die prozentuale Entlastung bei der Einkommenssteuer kontinuierlich bis auf rund 3% bei Fr. 250 000 (Grundtarif) bzw. bis auf rund 5% bei Fr. 400 000 (Verheiratetentarif) und steigt nachher – aufgrund des Wegfalls der Progressionsstufe von 13% – wieder an, um bei sehr hohen Einkommen rund 7,5% zu erreichen.

Der mit der Volksinitiative vorgeschlagene Einkommenssteuertarif würde gemäss Schätzungen des kantonalen Steueramtes zu Staatssteuer-Einnahmen führen, die – im Vergleich zu dem ab 2012 geltenden Tarif – rund 9% tiefer lägen. Ausgehend von den für das Budget 2017 geschätzten Einkommenssteuern, entsprächen diese Mindereinnahmen einem Betrag von rund 350 Mio. Franken. Für die Gemeinden liegen die Mindererträge bei den Einkommenssteuern nach Schätzungen des kantonalen Steueramtes je nach Gemeinde zwischen rund 7% und rund 13%. Im Mittel über die Gemeinden würden die Ausfälle bei der Einkommenssteuer rund 10% betragen. Mögliche Auswirkungen der Tarifänderung auf Zu- und Wegzüge wurden in diesen Schätzungen nicht berücksichtigt.

3. Rechtmässigkeit der Volksinitiative

Aus Art. 127 Abs. 2 der Bundesverfassung (BV; SR 101) ergibt sich das Erfordernis, «dass die Steuerpflichtigen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit an die Steuerlasten» beitragen (BGE 137 I 145, E. 2.1). Dem Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit lässt sich für Personen mit gleicher Leistungsfähigkeit unmittelbar entnehmen, dass sie grundsätzlich gleich viel Steuern zu bezahlen haben. Aus dem Prinzip der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit geht hingegen nicht direkt hervor, um wie viel die Steuer zunehmen muss, wenn das Einkommen um einen bestimmten Betrag steigt (BGE 133 I 206, E. 7.2). Der Tarifverlauf muss jedoch progressiv oder zumindest proportional sein, während degressive Tarife, bei denen die durchschnittliche Steuerbelastung ab einem bestimmten Einkommen oder Vermögen abnimmt, nach der bundesgerichtlichen Rechtsprechung nicht zulässig sind (BGE 133 I 206, E. 8). Ansonsten steht dem Gesetzgeber aber ein grosser Gestaltungsspielraum zu, und es kann nicht viel mehr verlangt werden, «als dass Steuertarif und Belastungskurve regelmässig verlaufen» (BGE 133 I 206, E. 7.2, 8). Die Ausgestaltung eines Steuertarifs hängt dabei auch in besonderem Mass von politischen Wertungen ab (BGE 110 Ia 7, E. 2b).

Die mit der Volksinitiative vorgeschlagenen Einkommenssteuertarife sind – wie die bisherigen Einkommenssteuertarife – als Stufentarife ausgestaltet, wobei die jeweils höheren Einkommensstufen bzw. Einkommensanteile auch einer höheren prozentualen Steuerbelastung unterliegen. Wie aus den Grafiken im letzten Abschnitt ersichtlich ist, ergeben sich daraus mit steigendem Einkommen stetig ansteigende (prozentuale) Steuerbelastungen. Die vorgeschlagenen Tarife weisen daher einen progressiven Tarifverlauf aus. Weiter ist der Verlauf der Belastungskurve regelmässig. Die vorgeschlagenen Tarife entsprechen somit dem Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (BGE 133 I 206, E. 8.1).

Da die mit der Volksinitiative vorgeschlagenen Einkommenssteuertarife allgemein zu Steuersenkungen gegenüber den bisher gültigen Einkommenssteuertarifen führen würden, ist auch keine Verletzung der Eigentumsgarantie nach Art. 26 Abs. 1 BV ersichtlich. Weiter wird durch

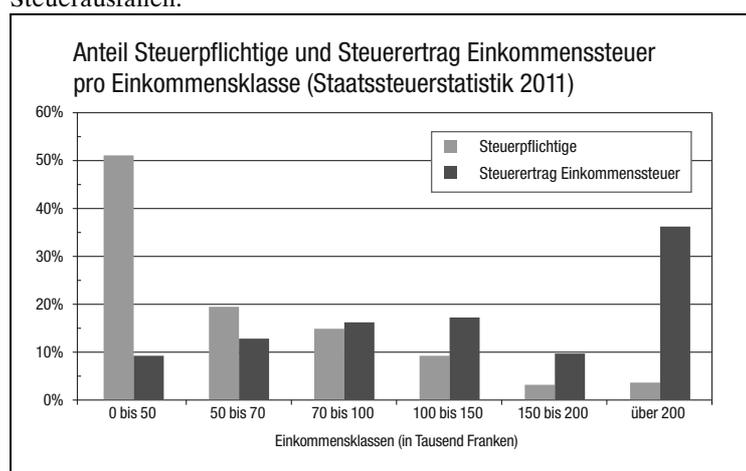
Rechtsetzung und politische Rechte

Vorlagen an den Kantonsrat

die Volksinitiative auch der Grundsatz der Allgemeinheit und der Gleichmässigkeit der Besteuerung (Art. 127 Abs. 2 BV) eingehalten, und es ergeben sich keine Anhaltspunkte, dass gegen andere Verfassungsbestimmungen verstossen würde. Zudem wahrt die Initiative die Einheit der Materie, und sie ist auch nicht offensichtlich undurchführbar. Zusammenfassend erweist sich die Volksinitiative als rechtmässig.

4. Beurteilung der Volksinitiative

Die Annahme der Volksinitiative würde zu einer allgemeinen Senkung der Progression bei den Einkommenssteuertarifen und damit zu wesentlichen Entlastungen bei der Einkommenssteuer für alle Einkommensklassen führen. Gemäss der Staatssteuerstatistik 2011 tragen unter den bisherigen Einkommenssteuertarifen Steuerpflichtige mit einem steuerbaren Einkommen bis Fr. 50 000 rund 9%, Steuerpflichtige mit einem steuerbaren Einkommen zwischen Fr. 50 000 und Fr. 200 000 rund 55% und Steuerpflichtige mit einem steuerbaren Einkommen über Fr. 200 000 rund 36% zum gesamten Einkommenssteueraufkommen des Kantons bei. Wesentliche Steuersenkungen über alle Einkommensklassen und insbesondere allgemeine Steuersenkungen bei den mittleren und bei den höheren Einkommen führen daher zu erheblichen Steuerausfällen.



Staatssteuerstatistik 2011, Anteil Steuerpflichtige und Steuerertrag Einkommenssteuer pro Einkommensklasse

Die mit der Volksinitiative vorgeschlagenen Einkommenssteuertarife würden nach den Schätzungen des kantonalen Steueramtes für den Kanton zu Ausfällen bei den Einkommenssteuererträgen von rund 9% bzw. rund 350 Mio. Franken führen (bezogen auf das Budget 2017). Solch hohe Steuerausfälle, die rund 5 bis 6 Steuerfussprozenten entsprechen würden, sind im Hinblick auf die anstehenden finanziellen Herausforderungen des Kantons nicht vertretbar. Dabei ist insbesondere auf die Steuervorlage 17 (SV17) und die Leistungsüberprüfung 2016 (Lü16) hinzuweisen. Weiter stehen in den nächsten Jahren – nicht zuletzt wegen der stark wachsenden Bevölkerung – hohe Investitionsausgaben an, insbesondere im Bildungs-, Justiz- und Gesundheitswesen, aber auch im Verkehr. Auch für die Gemeinden würde die Annahme der Initiative beträchtliche Ausfälle bei den Einkommenssteuern zwischen rund 7% und rund 13% nach sich ziehen.

Rechtsetzung und politische Rechte

Vorlagen an den Kantonsrat

Allgemeine Steuersenkungen bei der Einkommenssteuer drängen sich zurzeit nicht auf. Gemäss dem Zürcher Steuerbelastungsmonitor, der jährlich von BAK Basel im Auftrag der Finanzdirektion erstellt wird, hat der Kanton Zürich im interkantonalen Belastungsvergleich bei mittleren Einkommen zwischen rund Fr. 50 000 und Fr. 200 000 bereits heute eine gute bis sehr gute Position (vgl. www.steuern.zh.ch). Die von der Volksinitiative in diesem Bereich vorgeschlagenen Steuerentlastungen sind daher nicht angezeigt.

	Ledige, 2015																		
	15	20	25	30	35	40	45	50	60	70	80	90	100	150	200	300	400	500	1000
0.00 OW	0.00 BS	0.00 BS	0.00 BS	0.47 VD	2.29 ZG	2.62 ZG	2.89 ZG	3.14 ZG	3.66 ZG	4.15 ZG	4.48 ZG	5.08 ZG	5.73 ZG	8.97 ZG	9.74 ZG	10.04 ZG	10.20 ZG	10.29 ZG	10.47 ZG
0.00 BS	0.00 BL	0.00 VD	1.36 GE	2.50 VD	4.76 TI	5.78 SZ	6.18 SZ	7.06 SZ	7.78 SZ	8.39 SZ	8.92 SZ	8.92 SZ	9.41 SZ	10.98 SZ	11.31 OW	11.69 OW	11.89 OW	12.00 OW	12.23 OW
0.00 BL	0.00 AG	0.10 GE	1.90 ZG	3.12 GE	4.81 GE	5.94 TI	6.48 ZH	7.63 ZH	8.62 ZH	9.30 AI	9.72 AI	10.17 OW	10.92 OW	11.63 SZ	12.42 UR	12.68 UR	12.82 AI	12.95 AI	13.14 UR
0.00 SG	0.00 VD	0.85 AG	2.08 BS	4.00 TI	5.05 VD	6.04 ZH	7.00 TI	8.23 AI	9.54 ZH	9.92 OW	10.20 AI	11.39 UR	12.05 AI	12.76 AI	12.83 UR	13.14 UR	13.28 NW	13.28 NW	13.28 NW
0.00 GR	0.11 GR	1.40 ZG	3.01 AG	4.34 AG	5.32 SZ	6.10 GE	7.37 AI	8.56 NW	9.23 OW	9.63 OW	10.27 ZH	10.59 UR	11.68 AI	12.31 AI	12.68 SZ	13.07 NW	13.14 NW	13.28 NW	13.28 NW
0.00 AG	0.13 GE	1.62 GR	3.29 GR	4.58 VS	5.43 ZH	6.62 GR	7.42 GR	8.63 OW	9.33 NW	9.88 NW	10.31 NW	10.71 NW	11.97 NW	12.73 NW	12.95 NW	13.84 SZ	14.26 SZ	14.50 SZ	14.50 SZ
0.00 TG	0.17 VS	2.32 BL	3.45 VS	4.68 GR	5.62 AG	6.83 AG	7.44 GE	8.63 TI	9.56 UR	10.00 UR	10.33 UR	11.02 ZH	13.60 ZH	14.79 LU	16.22 LU	16.96 LU	17.40 LU	17.90 AR	17.90 AR
0.00 VD	0.74 ZG	2.51 VS	3.81 TI	4.77 ZH	5.71 GR	6.89 AI	7.57 AG	8.92 UR	10.06 AG	10.95 AG	11.68 GL	12.15 GL	13.83 GL	15.13 GL	16.79 GL	17.74 AR	17.79 AR	18.29 LU	18.29 LU
0.13 TI	0.089 TG	2.69 TG	3.81 BL	4.81 BS	6.03 VS	6.99 NW	7.59 NW	8.95 AG	10.20 TI	11.08 GL	11.70 AG	12.34 AG	13.83 LU	15.69 TG	17.11 TG	17.82 TG	18.24 TG	19.09 TG	19.09 TG
0.16 ZG	1.33 UR	3.16 ZH	4.00 ZH	4.99 SZ	6.25 NW	7.04 OW	7.64 OW	9.00 GR	10.26 GR	11.33 TI	12.18 LU	12.59 GR	14.50 TG	15.92 AG	17.50 GR	18.22 GR	18.83 GL	19.19 GL	19.19 GL
0.17 GE	1.39 LU	3.17 TI	4.47 SZ	5.23 BL	6.40 AI	7.15 VS	7.89 VS	9.28 BL	10.29 GL	11.33 TI	12.18 LU	12.59 GR	14.50 TG	15.92 AG	17.50 GR	18.22 GR	18.83 GL	19.19 GL	19.19 GL
0.19 BE	1.48 LU	3.24 NW	4.61 TG	5.54 NW	6.54 BL	7.40 VD	8.21 UR	9.33 VS	10.70 VS	11.68 TG	12.20 TG	12.70 TG	14.81 GR	16.14 GR	17.65 AR	18.33 AG	19.01 AG	19.39 SH	19.39 SH
0.23 VS	1.74 OW	3.29 LU	4.63 NW	5.86 AI	6.63 OW	7.70 GL	8.32 GL	9.55 GE	11.03 TG	11.71 LU	12.35 TI	13.14 TI	15.42 AR	16.59 AR	18.66 ZH	19.39 SH	19.46 SH	20.37 AG	20.37 AG
0.57 LU	1.81 NW	3.71 UR	4.85 LU	6.01 TG	6.91 BS	7.76 BL	8.77 TG	10.07 TG	11.09 LU	11.79 VS	12.80 VS	13.42 AR	16.10 TI	17.87 TI	19.28 SH	20.57 ZH	21.37 SG	21.51 SG	21.51 SG
0.64 NW	1.88 SG	3.78 SZ	5.15 AI	6.06 OW	6.92 GL	7.81 UR	8.69 SH	10.25 SH	11.36 AR	12.18 AR	12.84 AR	13.72 VS	16.46 SH	18.17 SH	19.90 TI	21.15 TI	21.78 ZH	22.34 SO	22.34 SO
0.67 UR	2.39 ZH	3.85 OW	5.25 OW	6.23 GL	7.02 TG	7.92 TG	8.89 BL	10.28 LU	11.40 SH	12.40 SH	13.31 SH	14.09 SH	17.51 BS	19.08 BS	21.31 SG	22.09 BS	22.44 VS	22.44 VS	22.44 VS
0.88 GL	2.40 JU	3.94 SG	5.35 UR	6.42 LU	7.32 UR	8.13 SH	9.18 AR	10.35 AR	11.45 GE	12.52 GE	14.07 GE	15.04 GE	17.88 VS	19.75 BE	21.19 VS	22.03 VS	22.16 VS	22.44 VS	22.44 VS
1.06 JU	2.43 NE	4.07 JU	5.50 GL	6.48 UR	7.47 SH	8.49 LU	9.19 LU	10.83 BL	12.37 BL	13.65 BL	14.67 FR	15.44 FR	17.97 BE	19.82 GE	21.19 VS	22.03 VS	22.16 VS	22.44 VS	22.44 VS
1.22 SH	2.56 BE	4.13 GL	5.51 SG	6.74 SH	7.56 LU	8.50 BS	9.47 VD	11.49 FR	12.70 FR	13.73 FR	14.73 BL	15.48 BE	18.08 GE	19.96 SO	21.53 SO	22.07 SO	22.24 FR	24.19 ZH	24.19 ZH
1.24 NE	2.63 SH	4.16 NE	5.72 SH	6.77 SG	7.85 AR	8.61 AR	9.76 BS	11.70 BS	13.06 SG	14.13 BS	14.91 BS	15.56 BS	18.10 FR	19.88 SG	21.90 FR	22.11 FR	22.24 VS	24.19 ZH	24.19 ZH
1.29 ZH	2.90 FR	4.17 AI	5.90 JU	6.93 AR	7.85 SG	8.94 FR	9.80 FR	11.84 SG	13.09 BS	14.21 BE	14.92 BE	15.67 BL	18.39 SO	20.16 VS	21.97 BE	22.05 GE	23.57 BE	24.07 BE	24.28 NE
1.32 SO	2.90 GL	4.45 SH	6.36 AR	7.17 JU	8.28 FR	9.04 SG	10.15 SG	11.96 JU	13.52 BE	14.34 SG	15.31 SG	16.02 SO	19.66 SG	20.45 FR	22.05 GE	23.57 BE	24.07 BE	24.28 NE	24.28 NE
1.40 AR	2.99 SZ	4.87 BE	6.41 NE	7.56 FR	8.45 JU	9.61 JU	10.53 JU	12.61 BE	13.56 JU	14.65 SO	15.38 VO	16.03 VO	18.82 VO	20.37 BL	22.92 BL	23.76 NE	24.60 GE	26.27 JU	26.27 JU
1.40 FR	3.11 AI	5.20 FR	6.65 BE	8.16 NE	9.32 NE	10.38 SO	11.29 SO	12.64 SO	13.75 SO	14.69 ND	15.39 SO	16.12 SG	18.99 BL	20.85 VO	23.32 JU	24.08 BL	24.66 BL	26.55 VO	26.55 VO
1.88 SZ	3.46 AR	5.23 AR	6.79 FR	8.33 BE	9.37 SO	10.61 NE	11.34 BE	12.85 VO	13.89 VO	14.77 JU	15.68 JU	16.44 JU	19.64 JU	21.34 JU	23.48 NE	24.37 JU	25.00 JU	26.79 BL	26.79 BL
2.05 AI	3.98 SO	6.05 SO	7.57 SO	8.71 SO	9.62 BE	10.62 BE	11.64 NE	12.85 VO	13.89 VO	14.90 NE	15.90 NE	16.73 NE	17.46 NE	20.36 NE	22.35 NE	23.92 VO	25.98 VO	26.30 VO	27.10 GE

BAK, Zürcher Steuerbelastungsmonitor 2016, Einkommensbelastung in den Kantonshauptorten, Ledige, 2015 (Belastung durch Staats-, Gemeinde- und Kirchensteuern in % des Bruttoarbeitseinkommens)

Rechtsetzung und politische Rechte

Vorlagen an den Kantonsrat

Aus den gleichen Gründen besteht kein Anlass, der Volksinitiative einen Gegenvorschlag gegenüberzustellen.

5. Antrag

Der Regierungsrat beantragt daher dem Kantonsrat, die Volksinitiative ohne Gegenvorschlag abzulehnen.

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:	Der Staatsschreiber:
Markus Kägi	Beat Husi